

Psychische Leiden werden Volkskrankheit

Depressionen, Schizophrenie und Alkoholprobleme treiben Patienten in Kliniken / Zuwachs auch bei Prothesen

Von Timot Szent-Ivanyi

BERLIN. Die Deutschen leiden immer stärker unter psychischen Erkrankungen. In den letzten 20 Jahren hat die Zahl der Behandlungstage in den Kliniken wegen derartiger Störungen um mehr als 50 Prozent zugenommen. Das geht aus dem Krankenhausreport 2010 hervor, den die Barmer GEK als größte deutsche Krankenkasse gestern vorgelegt hat. Depressionen oder Schizophrenie und nicht mehr Erkrankungen des Kreislaufsystems sind mittlerweile bei Frauen und Männern der Hauptgrund für eine Behandlung im Krankenhaus. Inzwischen entfallen 17 Prozent aller Behandlungstage auf psychische Erkrankungen. 1990 betrug der Anteil erst acht Prozent.

Die Autoren des Reports führen den Anstieg unter anderem auf die instabilen wirtschaftlichen Verhältnisse vieler Menschen und zunehmende familiäre Probleme zurück. Als bedenklich wertete Friedrich Wilhelm Schwartz vom Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitssystemforschung an der Medizinischen Hochschule in Hannover, dass ein Viertel der Leiden durch Alkoholprobleme ausgelöst wird. Der frühere Gesundheits-Sachverständige der Bundesregierung forderte die Politik auf, mehr für die Vorbeugung zu tun.

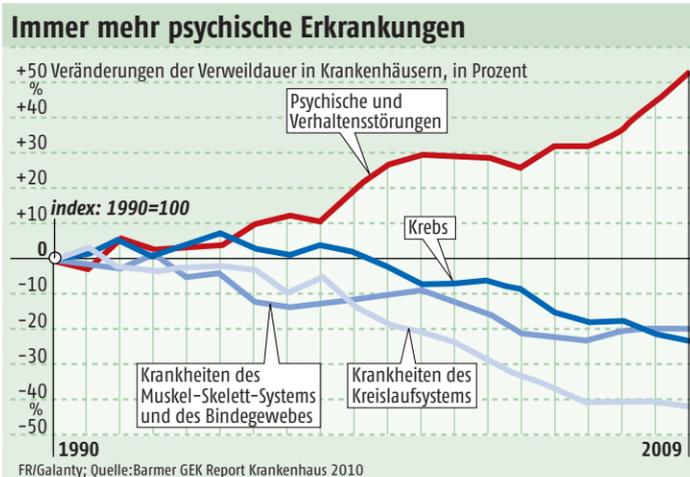
Dass psychische Leiden so schnell an die Spitze der Statistik geklettert sind, hat nicht nur mit der höheren Zahl der Fälle zu tun. Die Behandlung ist auch aufwendiger. Frauen bleiben im Durchschnitt 26 Tage in der Klinik, Männer 20 Tage. Bei anderen körperlichen Erkrankungen dauert eine stationäre Behandlung zwischen fünf und zehn Tagen. Im Durchschnitt aller Behandlungen betrug sie im vorigen Jahr 8,5 Tage. Dieser Wert ist im Vergleich zu den Vorjahren weiter gesunken, während die Häufigkeit der Klinikaufenthalte gleichzeitig zunahm. Unterm Strich sind damit die Versicherten länger im Krankenhaus gewesen als noch 2008.

Für die repräsentative Untersuchung wurden die Daten der 8,5 Millionen Barmer-GEK-Versicher-



Blick aus der Cafeteria einer psychiatrischen Klinik: durchschnittlich 20 bis 26 Tage werden Patienten hier behandelt.

DDP



ten ausgewertet. Überraschend ist auch der starke Anstieg von Hüft- und Knieoperationen. So wurden 2009 18 Prozent mehr künstliche Hüften eingesetzt als noch 2003. Bei Kniegelenken betrug der Zuwachs sogar 52 Prozent. Allein im vergangenen Jahr wurden rund 210 000 Hüft- und 175 000 Knieprothesen eingesetzt. Das kostete rund 3,5 Milliarden Euro.

Der starke Anstieg hat allerdings nur zum Teil mit der Alterung der Bevölkerung zu tun. Wird die längere Lebenserwartung herausgerechnet, dann betragen die Zuwachsraten neun beziehungsweise 43 Prozent. „Bei

diesen Zahlen kann einem Kasernenvertreter angst und bange werden“, sagte Barmer-GEK-Vize Rolf-Ulrich Schlenker. Es gebe eine „Tendenz zur Überversorgung“ bei diesen Eingriffen. „Über 65-jährige ohne künstliche Knie- und Hüftgelenke könnten in Zukunft die Minderheit ihrer Altersgruppe repräsentieren“, sagte Schlenker.

Über die Ursachen dieser Entwicklung gibt es nur Vermutungen. Schwartz sah einen Grund in der zunehmenden Fettleibigkeit der Bevölkerung. Schlenker vertrat dagegen die These, das stärkere Angebot der Kliniken für Hüft- und Knieoperationen schaffe auch mehr Nachfrage.

Öfter mal den Blauen Engel kaufen

Eigentlich wollte die Bundesregierung bei Anschaffungen stärker auf Umweltschutz achten – überprüfen kann sie es nicht

Von Steven Geyer

So eine Bundesregierung ist ja nicht nur eine Gesetzschreibmaschine. Sie soll dem Bürger auch Orientierung bieten, der Wirtschaft Schwung geben und der Gesellschaft wenn nicht helfend, dann doch vorbildlich erscheinen. Das findet auch die EU-Kommission und setzte ihren Mitgliedsregierungen vor zwei Jahren das (freiwillige) Ziel, 2010 die Hälfte der Dienstflotten, Ministeriumsgebäude, Stromverträge, Putzmittel und Klopapierrollen, die sie so brauchen, „umweltorientiert“ auszusuchen.

Allein in Deutschland, so rechneten die Grünen schon 2007 vor,

gibt die öffentliche Hand pro Jahr „etwa 300 Milliarden Euro für Bauleistungen, Fahrzeuge, Energie, Kantinenverpflegung und so weiter aus“, ein Fünftel davon der Bund. Da sei es das Mindeste, wenn „immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf auf ökologische Kriterien achten“, dass „sich auch der Staat verantwortungsbewusst verhält und entsprechende Anreize am Markt setzt“. Auch die Europäische Union fand, „die Nachfragemacht der öffentlichen Hand“ könne Öko-Produkten guten Anschlag geben.

Die Grünen-Politikerin Valerie Wilms ist nebenher Nachhaltigkeitsbeauftragte ihrer Fraktion im

Bundestag, und weil Nachhaltigkeitsbeauftragte nicht so schnell vergessen, fragte Wilms im Mai bei der Bundesregierung nach, wie es mit dem guten Vorsatz so laufe.

Öko-Anteil nicht ermittelbar

Ja, antwortete das Wirtschaftsministerium, „die Bundesregierung wird ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen weiter fördern und dabei das gesetzte Richtziel von 50 Prozent im Auge behalten“.

Super, freute sich die Grüne, fragte sich aber auch, wie genau die Regierung das schaffen wolle: Ökostrom für die Ministerien?

Energiesparende Computer? Papiersparende Büros? Elektroautos statt E-Klasse?

Jetzt hat die Regierung auf die Kleine Anfrage geantwortet. Sie verweist darauf, dass man öfter mal etwas mit dem Umweltsiegel „Blauer Engel“ drauf kaufe, sowie auf viele Leitfäden und Verwaltungsvorgaben. Die sind laut Wilms aber fast alle unverbindlich und freiwillig. Ob es die Regierung so schaffe, die Hälfte ihrer vielen Milliarden umweltbewusst auszugeben, fragte sie.

Die Antwort findet sie ernüchternd: „Bundesministerien und Behörden machen regelmäßig davon Gebrauch, auch soziale, ökologische und innovative Anforde-

rungen zu stellen“, hieß es. „Die Berücksichtigung dieser Aspekte wird jedoch nicht gesondert statistisch erfasst.“ Der Öko-Anteil könne also „nicht ermittelt werden“.

„Wie kann der Bund feststellen, ob er sein Ziel eines 50-prozentigen umweltorientierten Beschaffungswesens erreicht, wenn er dazu keine Daten erhebt?“, zürnt Wilms nun. Sie fragte sich, ob die Regierung die EU-Nachhaltigkeitsstrategie überhaupt ernst nimmt.

Eins kann man jedenfalls sagen: Die vielen Seiten voll schöner Ziele, die EU und Bund sich gegeben haben, waren vorerst nichts als verschwendetes Papier.